Funktioniert gewerkschaftliche Erneuerung in Krisensituationen?

Suchbewegungen am Beispiel Baden-Württembergs

von ■ Kai Burmeister und Jendrik Scholz



Foto: IG Metall Baden-Württemberg/Angelo Greiner

Forum Gewerkschaften

Gewerkschaften im Südwesten sind als Massenorganisationen nach wie vor politisch handlungsfähig und betrieblich verankert. Allerdings werden die Strukturdefizite größer und sichtbarer. Deshalb ist jetzt ein guter Startpunkt für eine Orientierungsdebatte, die neben Stärken auch Defizite ansprechen muss.

Die gewerkschaftliche Stärke resultierte bisher insbesondere aus ihrer guten Verankerung in der »ersten Welt der industriellen Beziehungen«, »vornehmlich in der verarbeitenden Industrie des exportorientierten Sektors« und in »Kernbereichen des öffentlichen Dienstes« sowie bei Post, Bahn.[1] Während die Verankerung in der »zweiten« und »dritten Welt«, unter anderem in kleinen und mittleren gewerblichen Unternehmen, im stark gewachsenen privaten Dienstleistungssektor und in der akademisch dominierten Wissensarbeit schwach entwickelt war und ist.

Genau diese »erste Welt«, die Domäne der Gewerkschaften im dualen System deutscher Interessenvertretung mit Tarifverträgen und mit Betriebsräten, gerät mit der Wirtschafts- und Strukturkrise des (südwest-)deutschen Exportmodells unter Druck. Betroffen sind die Automobilindustrie, der Maschinenbau und die Chemieindustrie, entsprechende Auseinandersetzungen um Arbeit bei Audi in Neckarsulm, bei Mercedes und Bosch in Stuttgart oder bei ZF am Bodensee zeugen davon. Die historisch entstandene Technologieführerschaft rund um den Verbrennungsmotor scheint an ihr Ende gekommen zu sein. Das Automobil der Zukunft hat eine Batterie und steckt voller Software – beides stammt zukünftig wohl nicht (mehr allein) aus Baden-Württemberg bzw. Deutschland. Gewerkschaftliche Organisationsmacht im Sinne des Machtressourcen-Paradigmas ist damit massiv bedroht.

Zwar sind rund 750.000 Menschen in Baden-Württemberg Mitglied einer DGB-Gewerkschaft, und damit ist der DGB neben gleichfalls schrumpfenden Kirchen und Sportvereinen die größte zivilgesellschaftliche Organisation. Der Blick auf den Organisationsgrad unter den Beschäftigten ergibt für Süddeutschland einen Wert von nur noch 11,6% (2003: 15,5%).[2] Während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf fünf Millionen gestiegen ist, kam es zu erheblichen Strukturveränderungen. Natürlich verlieren Gewerkschaften wie Kirchen Mitglieder durch den demografischen Wandel, vor allem aber ist die Mitgliederentwicklung unter Druck, weil sie die anhaltenden Verschiebungen der Südwestwirtschaft in ihrer Organisationsentwicklung selbst nicht hinreichend nachvollziehen können. Während in den letzten drei

Jahren im verarbeitenden Gewerbe über 80.000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind, verzeichneten der öffentliche Dienst und die Bereiche Bildung, Erziehung und Gesundheit Zuwächse von 83.000 Beschäftigten. Offenbar sind die Gewerkschaften in den neuen, wachsenden, innovativen und wissensintensiven Branchen noch nicht ausreichend Akteur für faire Arbeitsbedingungen und gute Tarifverträge. Nach vorne formuliert muss es um Erschließung und Ausweitung der gewerkschaftlichen Organisationsmacht in allen Sektoren gehen.

Gewerkschaftliche Erfolge in Zeiten des rechten Aufschwungs?

Die Ergebnisse sowohl der Betriebsratswahlen als auch der Landtagswahl zeigen Unterschiedliches: Die Gewerkschaften haben die Betriebsratswahlen eindrucksvoll gegen die neue rechtsextremistische Konkurrenz gewonnen. Rechtsextremisten sind nur in wenigen Betrieben angetreten und blieben dort hinter eigenen Erwartungen zurück. Gleichzeitig war die AfD bei den Landtagswahlen gerade unter männlichen Arbeitern sehr erfolgreich (AfD: 18,8%, dagegen SPD: 5,5%, Linke: 4,4%). In den neugewählten 35 AfD-Abgeordneten im Landtag spiegelt sich die Krise der politischen Repräsentanz und die nachlassende Bindekraft der beiden ehemaligen Mitte-Rechts- bzw. Mitte-Links-Volksparteien. Zu ihren historischen Verdiensten gehört: Beide haben das Land seit Kriegsende zusammen und mit den Gewerkschaften wirtschafts- und sozialpolitisch stark geprägt. Beide sind heute elektoral wie organisatorisch stark unter Druck, so dass die Gewerkschaften – wenn sich dies verstetigen sollte – historische Verbündete bzw. Ansprechpartner im parteipolitischen Raum verlieren könnten. Zur Lösung dieses Problems gibt es bislang keine ausreichenden Antworten.[3]

Angesichts der unübersichtlichen Konfliktlinien in Betrieben und Gesellschaften ergeben sich für die Gewerkschaften ein Bündel aus strategischen Fragestellungen:

- Wie können große Teile der wachsenden Gesundheitswirtschaft, der IT-Branche oder des Handwerks gewerkschaftlich erschlossen werden?
- Wie können die Gewerkschaften sich mit einem erfolgreichem Erneuerungsprozess von der Krise der politischen Repräsentanz wie der Parteien abkoppeln?
- Wie kann die Tarifbindung wieder erhöht werden?
- Welche positive Rolle könnte dabei der Staat spielen?
- Wie gestalten sich Sozial- und Konfliktpartnerschaften?
- Wie sollen die Gewerkschaften damit umgehen, wenn wie in Sachsen-Anhalt die Hälfte ihrer männlichen Mitglieder für die AfD votiert?[4]

Robert Hinke warnt die Gewerkschaften zu Recht davor, den »Status quo« »moralisch« zu verteidigen und damit zur »Vertiefung der Repräsentationskrise« beizutragen: »Dadurch laufen die Gewerkschaften Gefahr, mit einem politischen System defizitärer Interessenrepräsentation in eins gesetzt zu werden.«[5] Eine Stigmatisierung einzelner Gewerkschaftsmitglieder, die rechts wählen, wäre dabei allein wenig erfolgversprechend. Wer heute rechtsradikal wählt, hat in der Vergangenheit oft Union und/oder SPD bzw. in Ostdeutschland die Linkspartei/PDS gewählt.

Helfen könnte heute zweierlei. Zum einen in die offensivere Auseinandersetzung mit neoliberaler AfD-Programmatik in der Sache einzusteigen.[6] Auf der anderen Seiten müssen die Gewerkschaften weiterhin in Richtung der demokratischen Parteien formulieren: Löst tatsächliche Probleme der Bevölkerung wie steigende Lebenshaltungskosten und eine unzureichende Infrastruktur des Alltags. Anders formuliert: Das heutige Versagen der politischen Mitte ist eine starke Ursache für Rechts.

Gewerkschaften auf der Straße

In der gewerkschaftlichen Kommunikation sollten die materiellen Forderungen aus der Tarif- und Sozialpolitik im Zentrum stehen. Dies beinhaltet, stets das Gemeinsame und Klassenverbindende nach vorne zu stellen statt das Spaltende. Schließlich fehlt es an Spaltungsversuchen von außen nicht, so betont etwa Prof. Lars Feld starke Unterschiede zwischen Industrie- und Dienstleistung und den entsprechenden Gewerkschaften.[7] Zwar sind unterschiedliche Arbeitssituationen in den Branchen vorhanden, gleichwohl praktizieren Gewerkschaften Einigkeit. Im Landtagswahlkampf sind IG Metall, ver.di und DGB gemeinsam unter dem Motto »Es reicht! Alarmstufe rot. Für unsere Arbeit. Für unsere Kommunen« auf die Straße gegangen. Mit mehr gemeinsamen Aktionen lässt sich Einigkeit herstellen, Beschäftigte aus Krankenhäusern, Industriebetrieben, Handwerk und anderen Branchen handeln gemeinsam solidarisch.

Die Beteiligung an den Protesten gegen die Sozialpolitik der Bundesregierung im Herbst hat gezeigt: Gewerkschaften sind weitestgehend allein und aus eigener Kraft in der Lage, abseits betrieblicher Aktionen an einem Samstag parallel an zwei Orten (Freiburg und Stuttgart) zusammen über 20.000 Menschen auf die Straße zu bringen, bundesweit waren es gut 175.000. Keine andere gesellschaftliche Organisation verfügt über diese Kraft und Mobilisierungsfähigkeit. Dieses Beispiel zeigt: Die Idee, eine progressive Nichtregierungsorganisation unter vielen anderen zu wer-

Kai Burmeister ist DGB-Vorsitzender in Baden-Württemberg. *Jendrik Scholz* arbeitet dort als Abteilungsleiter Arbeits- und Sozialpolitik. Der Text entstand aus einem Vortrag Kai Burmeisters bei der gemeinsamen Regionalkonferenz gewerkschaftliche Erneuerung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg und dem DGB Südbaden am 9. Oktober an der Universität Freiburg.

[1] Anke Hassel/Wolfgang Schroeder: Gewerkschaften 2030 – Rekrutierungsdefizite, Repräsentationslücken und neue Strategien der Mitgliederpolitik, WSI-Report Nr. 44, November 2018, S. 4.

[2] Lennart Eckle: Regionale Verankerung der Gewerkschaften in Deutschland, IW-Kurzbericht 14/2026, S. 2, mit SOEP-Daten.

[3] Klaus Dörre auf www.spw.de/spd-und-gewerkschaften-einem-alten-buendnis-eine-neue-grundlage-bieten/.

[4] DGB-Bundesvorstand: Wahlauswertung Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 6.9.2026, S. 9, mit Daten der Forschungsgruppe Wahlen.

[5] Robert Hinke: Gewerkschaften in der Repräsentationskrise, in: Sozialismus.de, Heft 9/2026, S. 47.

[6] Vgl. Witich Roßmann: Das kalte Herz der AfD – Für eine Kritik der Rechtspartei auf der Höhe der Zeit, in: Sozialismus.de, Heft 10/2026, S. 55–57.

[7] Vgl. »Was rettet die Republik?« Ein Gespräch zu Ehren von Lars Feld in Freiburg – Wirtschaft – Badische Zeitung.

den, die von Kapital und Staat abhängig wäre, wäre ein Irrweg für die Gewerkschaften. Die Stärkung der gewerkschaftlichen Verankerung in den Betrieben ist deswegen zentral. Die Gewerkschaften müssen anknüpfen an die Arbeiterbewegung als Bewegung für Demokratie und Beteiligung – und gleichzeitig aktuelle Missstände thematisieren. Die Kritik bestehender Ungleichheit ist ihr historischer Auftrag, unbequem zu sein ihre demokratische Pflicht. Gewerkschaften müssen aus eigener Kraft heraus organisatorisch und finanziell handeln können – entsprechend müssen ihre Ressourcen ausgerichtet werden.

Dabei schadet der Blick über den Tellerrand nicht: In der internationalen Postliberalismus-Debatte, mithin der Debatte über die Frage, welches politisch zu gestaltende Regime eigentlich auf den Neoliberalismus folgen und wie es politisch gestaltet werden soll, werden gerade mit US-amerikanischem Kommunitarismus-Bezug häufig örtliche Kirchengemeinden, Sportvereine und Gewerkschaften (!) als wichtige Instanzen jenseits des Marktes genannt, die mehr sozialen Zusammenhalt stiften und mehr Solidarität ermöglichen könnten.[8] Auch Betriebe und Gewerkschaften sind tatsächlich soziale Orte der Vergemeinschaftung – und stark im Umbruch: Diejenigen, die einen großen Teil ihrer Lebenszeit in Betrieben verbringen und im linksliberalen Partizipationsdiskurs oft vergessen werden (Repräsentationslücke), müssen stärker mitgedacht werden. Nicht-Akademiker – die große Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder – und Menschen aus dem ländlichen Raum – etwa die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder – benötigen adäquate Angebote zur Partizipation, Interessenvertretung und Interaktion. Gewerkschaften sind gut beraten, diese Lebens- und Arbeitsrealitäten mehr denn je darzustellen, da diese großen Gruppen sich kulturell unverstanden und gekränkt fühlen – ein Einfallstor für Rechtsextremismus.

Ein zweiter Strang der internationalen Erneuerungsdebatte dreht sich um Affordability – sprich die Bezahlbarkeit des Lebens für normale Menschen.[9] Der neue New Yorker Bürgermeister hat damit seine Wahl gewonnen. Diese wichtige Debatte, was eigentlich die richtigen Themen sind, damit fortschrittliche Kräfte wie die Gewerkschaften wieder in die Offensive kommen, gibt es nicht nur in New York oder Berlin, sondern auch in Baden-Württemberg: Sollen Kindergärten für die Eltern aller Kinder frei von Beiträgen sein oder sollen reiche Eltern einen Beitrag leisten, um die Plätze für die armen Kinder querzufinanzieren und bessere Qualität in der frühkindlichen Bildung und bessere Tarifverträge der Erzieherinnen mitzufinanzieren? Bedeutet »Tax the Rich«, d.h. progressive Politik, nicht stets auch progressive Besteuerung statt neoliberaler Poll Tax? Zwar ist ein beitragsfreies letztes Kindergartenjahr von Grün-Schwarz angekündigt worden und Wahlversprechen sind umzusetzen, doch frei von Widersprüchen bleibt dies nicht: Wie wollen wir Solidarität angesichts fragiler kommunaler Haushalte vor Ort ausbuchstabieren?

Hierzu hat der DGB Baden-Württemberg zwei Perspektiven: Die erste aus Sicht der Nutzerinnen und Nutzer öffentlicher Infrastrukturen, z.B. einer Bürgerin, die ihr Auto anmelden will und an den stundenlangen Wartezeiten in der Zulassungsstelle verzweifelt. Die zweite aus der Sicht abhängig Beschäftigter dort, z.B. einer gestressten Sachbearbeiterin, die unter der fehlenden Digitalisierung leidet. Kohärent wird gewerkschaftliche Politik nur dann sein, wenn es uns gelingt, beide Perspektiven zusammenzubinden. Anders kommen wir aus dem Dilemma unzureichender Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie Arbeitsverdichtung und Personalmangel für die Beschäftigten im öffentlichen Sektor nicht heraus. Dabei ist klar, dass ein handlungsfähiger Staat finanziert werden muss. Gewerkschaften verfügen über gerechte Finanzierungsvorschläge. Gegenüber grün-schwarzer Landespolitik heißt dies aktiv gegen den Mainstream der Austeritätspolitik zu kommunizieren und öffentliche Armut dem privaten Reichtum gegenüberzustellen.

VSA: Ein ABC der besonderen Art

Das Quiz zum Buch
Unter der URL tally.so/r/obgb4P gibt es ein Quiz mit 15 Fragen, was die in diesem Buch vorgestellten Persönlichkeiten, die politische Bewegungen, soziale Kämpfe und gesellschaftliche Debatten mitgeprägt haben, gesagt oder getan haben könnten.

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6,
20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de
www.vsa-verlag.de



ABC zu Menschen, die Linke kennen sollten
Von Wolfgang Abendroth über Otto Brenner, Angela Davis und Mikis Theodorakis bis Clara Zetkin.
Vorgestellt von Hartmut Meine
144 Seiten | € 12.00
ISBN 978-3-96488-279-0

In 120 Kurzporträts von jeweils einer Buchseite sind wichtige Lebensstationen und Auffassungen zusammengestellt. Sie sollen dazu motivieren, sich über weiterführende Literatur oder Medienangebote mit ihnen, ihren Positionen und der geschichtlichen Epoche zu beschäftigen, in der sie wirkten.

Konfliktfähigkeit stärken & neues Normal ausloten

Historisch kennen die Gewerkschaften im Südwesten Offensive, aber eben auch in der Defensive bewältigte Strukturkrisen der 1970er- und 1990er-Jahre.[10] Für Gewerkschaften muss es jetzt darum gehen, sich einerseits auf diejenigen Konflikte, die ihnen aufgezwungen werden, strategisch vorzubereiten. Andererseits müssen sie eine Idee entwickeln, wie das neue Normal korporatistischen Settings in einer zunehmend fragilen Sozial- wie zugleich Konfliktpartnerschaft aussehen könnte. In Jahren kräftigen Wirtschaftswachstums fiel es eher leicht, Zuwächse umzuverteilen. Nunmehr verschlechtern sich die Ausgangsbedingungen gewerkschaftlichen Handelns zusehends: Angesichts rückläufiger Investitionen im verarbeitenden Gewerbe, fehlender Produktivitätsfortschritte und fehlenden Wirtschaftswachstums, weiter hoher Energiepreise, wegbrechender Absatzmärkte in den Vereinigten Staaten bzw. der Volksrepublik China und des technologischen Rückstands bei Software und Batterien wird es den Gewerkschaften schwer fallen, die Angriffe auf tarifliche Arbeitsplätze und Arbeitszeiten in der Industrie zu parieren.

Politische Naivität gegenüber den strategischen Plänen maßgeblicher Kapitalfraktionen ist nicht angebracht. Ihr Ziel ist auch im Südwesten die Etablierung eines Kapitalismus ohne Gewerkschaften. Diese »Arbeitgeber«verbände sind dies nur noch auf den ersten Blick. Viele wandeln sich still und heimlich um in Unternehmerverbände »OT«, sprich: »ohne Tarifbindung«. Die Angriffe auf tarifliche Errungenschaften (35-Stundenwoche, Tariflöhne und anderes) und der angekündigte Arbeitsplatzabbau sprechen dafür, dass Arbeitgeber rabiat ihrem (Klassen)Interesse Geltung verschaffen wollen. Mit der ökonomischen Krise der Südwestindustrie sollen Rechte der Beschäftigten und sozialer Fortschritt abgewickelt werden. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass der grün-schwarze Koalitionsvertrag eine Reduzierung der Freistellungen für Personalräte anstrebt.

Mit immer weniger Flächentarifbindung werden mehr Häuserkämpfe – und falls erfolgreich – zunehmend Haustarifverträge eine mögliche Folge sein. Nüchtern betrachtet bietet die Erosion des Flächentarifs auch Potenziale für gewerkschaftliche Erneuerungsstrategien mit bedingungsgebundener Tarifpolitik, Anwendung von Organizing-Methoden und Potenziale für stärkere Mitgliedergewinnung. Knappe gewerkschaftliche Ressourcen aus Mitgliedsbeiträgen können dann gezielter in diejenigen Betriebe bzw. Belegschaften investiert werden, die tatsächlich für bessere Bedingungen kämpfen wollen.

Umgekehrt können Phänomene wie Trittbrettfahrertum und Fehlallokationen gewerkschaftlicher Mittel reduziert werden. Allerdings gilt auch hier keine Illusionen! Die Rufe von linksradikaler wie neoliberaler Seite nach einem Ende der Sozialpartnerschaft lassen gleichwohl offen, wie soziale und Arbeitsplatzsicherheit jenseits von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen abgesichert werden könnten. Statt von Sieg zu Sieg zu eilen, könnte schnell Ernüchterung Einzug halten, dass in der Breite eher Defizite auch des eigenen Handlungsvermögens zutage treten würden – die Konsequenz wäre dann: Prekär statt erfolgreich. Angesichts der immensen Herausforderungen sollten die Gewerkschaften ihre spezifischen Erneuerungsprozesse – die sich naturgemäß je nach Branche unterscheiden – beschleunigen und untereinander abgestimmt insbesondere die neuen und wachsenden Branchen in den Mittelpunkt ihrer Erschließungs- und Organisierungsaktivitäten rücken.

Die Erfahrungen, Instrumente und Praxen der deutschen und internationalen Organizing-Bewegung können dabei einen wertvollen Beitrag leisten. Allerdings sind Erfahrungen aus dem (Community-)Organizing beispielsweise angelsächsischer NGOs in benachteiligten Stadtteilen nicht mechanisch auf die Welt der industriellen Beziehungen in Freiburg, Mannheim oder Ulm zu übertragen.[11] Traditionelle korporatistische Praktiken wie Tarifverhandlungen können erfolgreich verändert und modernisiert werden wie beispielsweise der Einsatz des Instruments der »Rückkopplung«[12] durch die IG Metall zeigt, Stellvertreterpolitik zu überwinden und ihre Mitglieder systematisch und strukturiert zu beteiligen. Wichtig ist, Neumitglieder tatsächlich dauerhaft in kollektives Handeln zu integrieren – dazu müssen sich die Gewerkschaften als Organisation weiter verändern.[13] In »einer beteiligungsorientierten Erweiterung« des tradierten Systems »auf der betrieblichen Ebene« liegen Oliver Thünken zufolge[14] »zugleich Potenziale zur Revitalisierung dieses Institutionensystems«. Aufgabe gewerkschaftlicher Organisationsentwicklung ist es mithin, die gegenseitige Anschlussfähigkeit beider Welten herzustellen. Auch weil hierzulande die Arbeitsbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit weiter geprägt sein werden durch korporatistische Strukturen: Starke Betriebs- und Personalräte und bestehende Flächentarifverträge. Strategien zur Stärkung der Beschäftigtenmacht und zur gewerkschaftlichen Erneuerung müssen deswegen betriebspolitische Akteure wie Vertrauensleute, Jugend- und Auszubildendenvertretungen und Betriebs- und Personalräten zum Ausgangspunkt von Mitgliedergewinnung und gewerkschaftlicher Erneuerung machen. Dabei können viele baden-württembergische Gewerkschaften

[8] Vgl. Veith Selk/Julian Nicolai Hofmann: Warum Postliberalismus?, in: Ebendie (Hrsg.), Postliberalismus? Eine transatlantische Debatte, Berlin 2026, S. 19; außerdem Stefan Borg: Die Wiederherstellung von Zuständen, die im Wesentlichen Nebenprodukte sind. Zur Tragfähigkeit postliberaler Politik, in: Ebenda, S. 51.

[9] Siehe hierzu das Cover der Oktober-Ausgabe 2026 von Sozialismus.de: »Berlin bezahlbar machen!«

[10] Vgl. IMU Institut: Stuttgart – Problemregion der 90er-Jahre?, Stuttgart 1988.

[11] Vgl. Britta Rehder: Revitalisierung der Gewerkschaften? Die Grundlagen amerikanischer Organisierungserfolge und ihre Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse, in: Berliner Journal für Soziologie 3/2008, S. 432–456.

[12] Vgl. Miriam Bürger/Carla Dietrich/Sebastian Durben: Rückkopplung – Ein neues Instrument für einen nachhaltigen Machtaufbau in Tarifbewegungen, WSI-Analysen zur Tarifpolitik Nr. 119, Oktober 2026.

[13] Vgl. Oliver Nachtwey/Marcel Thiel: Chancen und Probleme pfadabhängiger Revitalisierung. Gewerkschaftliche Organizing im Krankenhauswesen, in: Industrielle Beziehungen 3/2014, S. 266–272.

[14] Oliver Thünken: Bewegung im Betrieb. Organizing-Projekte und die Revitalisierung der industriellen Beziehungen, in: Industrielle Beziehungen 2/2018, S. 247.

auf Erfolge verweisen – von der Fleischverarbeitung über die Medizintechnik bis zum Krankenhaus. Dazu braucht es aber immer auch Eigentümer, die zur Tarifbindung bereit sind bzw. mit Streik davon überzeugt werden können. Eine Beobachtung dabei ist es, sich auf das Umfeld von Konzernen zu konzentrieren.

Begleitende Industriepolitik für Wirtschaft BW 2040

Zur bitteren Wahrheit gehört auch: Ganz allein und ohne Unterstützung von Staat und Politik werden die Gewerkschaften es nicht schaffen. Leider weigert sich die Landespolitik beharrlich, mit der Einführung eines neuen Vergaberechts für öffentliche Aufträge die Tarifbindung zur Voraussetzung zu machen. Damit fehlen durch die Landespolitik positive Anreize für mehr Tarifbindung insbesondere in kleinen und mittleren Betrieben. Demgegenüber wirken das Tariftreuegesetz des Bundes und die steuerliche Berücksichtigung von Gewerkschaftsbeiträgen als positive Anreize zur Mitgliedschaft von Unternehmen und Beschäftigten.

Was könnte noch helfen? Könnte eine gewerkschaftlich dominierte Arbeitnehmerkammer mit Pflichtmitgliedschaft wie in Bremen, im Saarland oder in Wien ein Weg sein, um der geballten und unfairen Lobbymacht »der Wirtschaft« etwas entgegenzusetzen? Schließlich gibt es mit Arbeitgeber-, Unternehmer und Branchenverbänden sowie Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und falschen NGOs wie der Metallarbeitgeber-finanzierten »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« (INSM) beim Gegenüber hier erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen. Könnte die Schaffung gewerkschaftlicher Verbandsklagerechte analog den rechtlichen Möglichkeiten der Umweltverbände bei der Interessenvertretung für gute Arbeit helfen?

Der Südwesten steht vor der Herausforderung, ein neues tragfähiges ökonomisches Geschäftsmodell für neues Wachstum und Arbeit zu entwickeln. Die öffentliche Diskussion um mehr Resilienz, europäische Autonomie und um mehr Innovationen verbunden mit höherer Produktivität bieten für die Gewerkschaften Anknüpfungspunkte. Neben der Frage, welche Produkte neben Pharma, Auto und Maschinenbau hier gefertigt werden können, verlangt mehr strategische Industriepolitik. Ansatzpunkte liegen unter anderem bei Robotik, Medizintechnik sowie KI rund um die Schwarzgruppe in Heilbronn. Mehr Industriepolitik beinhaltet gemeinsame Beiträge von Politik, Arbeit und Kapital entlang von Innovation und Arbeit, auch geht es um die Energieversorgung und Netze.[15] Der DGB richtet sich auf diese Aufgabe aus und agiert hier gegenüber der Landespolitik sowie gegenüber Berlin und Brüssel.

Ausblick auf einen sich wandelnden DGB BW

Was tut eigentlich der DGB Baden-Württemberg selbst, damit die Gewerkschaften im Südwesten bald wieder wachsen, statt zu schrumpfen? Das ist eine kritische wie berechtigte Frage. Auch, weil sich der DGB aus den Beiträgen der acht Gewerkschaften finanziert und eine Aufstellung auf Höhe der Zeit eingelöst werden muss. Diesen Auftrag der DGB-Bezirkskonferenz für eine entsprechende organisationspolitische (Neu-)Aufstellung nehmen wir sehr ernst, eine höhere Dringlichkeit ergibt sich aus den beschriebenen Konflikten.[16] Kurzum: Wir werden uns mehr denn je hinterfragen und erneuern müssen.

Als DGB BW haben wir mit dem DGB-Jugendcamp in Markelfingen seit vielen Jahren einen attraktiven Ort für Debatte, Zukunft und gemeinsame Erlebnisse. Mit Investitionen in diesen Platz am Bodensee bekennen wir uns zu einer politisch ausgerichteten Bildungsarbeit. Gewerkschaften sind dabei mehr als nur Reparaturbetrieb. Wir sind Bewegung, die im Betrieb und Gesellschaft gestalten will, die ein positives Zukunftsbild von Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft hat. Dieser Ort am Bodensee ist ein solidarisches Angebot zu einer vermeintlich alternativlosen Politik und dem ideenlosen Management. Auf diesem Platz soll die Zukunft der Gewerkschaften gemeinsam erarbeitet und erlebt werden. Neben dem Mandat für die politische Interessenvertretung – für einen starken Sozialstaat, für höhere öffentliche Investitionen und für ihre gerechte Finanzierung – sollen drei praktische Vorhaben bis zum Jahr 2030 umgesetzt werden:

- Erstens: Die Arbeit der DGB-Jugend soll stärker auf die Situation der Berufsausbildung und direkte Kontakte ausgerichtet werden, und dazu sollen Organizing-Methoden angewendet bzw. entwickelt werden. Immerhin werden im Jahr 66.000 Ausbildungsverträge in Baden-Württemberg abgeschlossen. Ziel muss es sein, dass alle jungen Menschen beim Eintritt in die Arbeitswelt in Kontakt mit Gewerkschaften kommen.
- Zweitens: Die gewerkschaftlichen Proteste gegen die Sozialpolitik der Bundesregierung haben den Gewerkschaften Rückenwind gegeben. Die politisch verantwortlichen Bundestagsabgeordneten von CDU und SPD müssen in ihren Wahlkreisen jetzt mit der tatsächlichen Stimmung in der Bevölkerung konfrontiert werden. Wie wirken sich die Abschaffung von Altersteilzeit und »Rente mit 63« konkret im Schwarzwald und auf der Ostalb aus? Weitergedacht geht es zusammen mit den DGB-Kreis- und Stadtverbänden darum, sozialpolitische Themen wie Ärztemangel u.a. lokal aufzugreifen.
- Drittens: Innerhalb des DGB Baden-Württemberg wollen wir eine Plattform zur Erprobung von Ansprache- und Erschließungskonzepten und dem kollegialen Austausch darüber sein. Ein Fall-Beispiel: Wenn die Gewerkschaft der Polizei systematisch und erfolgreich junge Menschen in Polizeischulen gewinnt, wie lässt sich eine Übertragung dieser Methode erreichen. Mit fünf Millionen Beschäftigten gibt es eine große Gruppe, die die Gewerkschaften für sich gewinnen können.

[15] Vgl. DGB Baden-Württemberg, Innovationspolitik für ein starkes Industrieland, Stuttgart 2026.

[16] Vgl. DGB Baden-Württemberg, Gerechtigkeit stärken, Arbeitsprogramm des DGB Baden-Württemberg auf dem Weg ins Jahr 2030, Stuttgart 2026.